

Die Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses werden über die A. verschärft. Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist die chronische internationale Währungs- und Wirtschaftskrise des Kapitalismus.

Die A. unterliegen in sozialistischen Ländern dem staatlichen sozialistischen *Außenwirtschaftsmonopol*. Es ist das politische und ökonomische Herrschaftsinstrument des sozialistischen Staates zur einheitlichen komplexen Leitung, Planung und Organisation aller A. entsprechend den Erfordernissen der Wirtschaft und der Außenpolitik. Das Außenwirtschaftsmonopol ist in der Verfassung der DDR staatsrechtlich verankert (Art. 9). Es schließt das Außenhandels- und das Valutamonopol ein und beinhaltet das alleinige Recht des sozialistischen Staates bzw. von ihm beauftragter Institutionen und Kombinate, Export- und Importgeschäfte durchzuführen. Die Theorie des Außenwirtschaftsmonopols sozialistischer Staaten wurde von Lenin entwickelt. Das Außenwirtschaftsmonopol ist für jeden sozialistischen Staat ökonomisch und politisch notwendig und dient der Durchsetzung der Außenwirtschaftspolitik. Seine Notwendigkeit ergibt sich aus den sozialistischen Produktionsverhältnissen und dem Kampf gegen den Imperialismus und ist für die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte unerlässlich. Die politischen und ökonomischen Grundlagen des Außenwirtschaftsmonopols sind die sozialistischen Eigentumsverhältnisse und die sozialistische Staatsmacht. Es umfaßt die Planung, Durchführung und Kontrolle der gesamten A. Durch die einheitliche Leitung aller handelspolitischen und kommerziellen Grundlagen durch die handelspolitischen Abteilungen der Botschaften und Handelsvertretungen der DDR wird auch in der Tätigkeit im Ausland die Durchsetzung des Außenwirtschaftsmonopols gesichert.

außerparlamentarischer Kampf

Außenwirtschaftsmonopol —*
Außenwirtschaftsbeziehungen

außerparlamentarischer Kampf: zusammenfassende Bezeichnung für demokratische und revolutionäre Massenbewegungen und -aktionen in bürgerlichen Staaten, die darauf gerichtet sind, —<• *Parlament* und Regierung zur Erfüllung verfassungsmäßig garantierter Rechte zu zwingen oder Forderungen des Volkes öffentlich zum Ausdruck zu bringen (z. B. Friedensbewegung gegen die NATO-Hochrüstung, Aktionen zur Sicherung des Rechts auf Arbeit und Bildung, Kampf für die Verteidigung und den Ausbau demokratischer Rechte). Der a. K. ist eine wichtige Form des Kampfes der Volksmassen gegen die Macht der Monopole, zur Einschränkung und Zurückdrängung ihrer Herrschaft und für antiimperialistische Veränderungen; er gehört zu den legitimen Rechten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Als konsequenteste antiimperialistische Kraft tragen die Arbeiterklasse, ihre marxistisch-leninistische Partei u. a. Arbeiterorganisationen eine große Verantwortung für die Schaffung des Bündnisses aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte sowie für die Organisation und Führung des a. K. Seine Mittel und Methoden sind vielfältig; ihre Wahl hängt vom Kräfteverhältnis der Klassen, den jeweiligen Aktionszielen u. a. Faktoren ab. Zu den Formen des a. K. zählen Massenkundgebungen, —>■ *Streiks*, Demonstrationen, Bürgerinitiativen, öffentliche Darlegungen der Forderungen in Presseorganen, durch Flugblätter, in Petitionen u. a. Das unter dem wachsenden Einfluß der drei mächtvollen revolutionären Ströme der Gegenwart veränderte internationale Kräfteverhältnis schafft reale Möglichkeiten, grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen in friedlichen Formen durchzusetzen. Die